



Kooperation für den Frieden

8. Strategiekonferenz 2011 der Kooperation für den Frieden
**„Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten -
unsere Handlungsmöglichkeiten für Frieden“**
Hannover, Pavillion, Lister Meile 4, 21. und 22. Januar 2011

Wiltrud Rösch-Metzler



- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Anwesende,

Wenn wir als Deutsche den Nahostkonflikt betrachten und dazu Position beziehen, diskutieren wir meiner Meinung nach härter und verletzender untereinander als es vermutlich Menschen in anderen Ländern tun.

Bei uns ruft jegliche Positionierung zu Israel und Palästina heftigste Gegenreaktionen hervor. Einseitig, pro-palästinensisch, anti-israelisch, antisemitisch werden die einen verschrien, pro-israelisch, rassistisch, bellizistisch und Menschenrechtsverletzungen gegenüber blind die anderen.

In beiden Fällen wird der Nahostkonflikt auf der Folie des Umgangs mit dem Holocaust ausgetragen. Beide Seiten identifizieren sich stark mit diesem Teil der deutschen Geschichte, beide erinnern an dieses Verbrechen und setzen sich dafür ein, dass es nie wieder geschieht.

Doch die Lehren, die daraus gezogen werden, sind unterschiedlich. Zuspitzend könnte man sagen, die einen betonen, die Solidarität mit dem Staat Israel inklusive seiner Besatzungspolitik, seiner umstrittenen Sicherheitspolitik und seiner diskriminierenden Innenpolitik. Die anderen betonen die Rechte der Palästinenser, weil sie aus den Erfahrungen des Holocaust gleiche Menschenrechte und Völkerrecht für alle Menschen weltweit ableiten.

Die schwierige Aufgabe, diese beiden Stränge zusammen zu binden, haben wir in pax christi unternommen. Im Oktober 2010 haben wir nach sieben Jahren Diskussionsprozess, Streit und Ringen, eine neue Positionsbestimmung verabschiedet. Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden.

Davor hatten wir die "Doppelte Solidarität", mit der die gleichgewichtige Berücksichtigung der Rechte des israelischen wie des palästinensischen Volkes eingefordert wurde. Wir hatten damals, das war 1989, eine kritische Solidarität mit dem Staat Israel erklärt und die Anerkennung des Staates Palästina gefordert.

Mit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten sahen wir die Notwendigkeit die Position der Doppelten Solidarität zu aktualisieren. Die Situation vor Ort ist so desaströs, dass dieser Weg der doppelten Solidarität, der für viele hieß, eine israelische Menschenrechtsverletzung nur dann zu kritisieren, wenn auch gleichzeitig eine palästinensische Menschenrechtsverletzung kritisiert wird, nicht mehr weiter führt. Wir sagen nun: Es bedarf einer entschiedeneren Sprache, wo angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen Parteinahme erforderlich ist. Verletzung von Völkerrecht

und Menschenrechten auf beiden Seiten und die Besatzung schweigend hinzunehmen, kann zu Komplizenschaft mit Unrecht und Gewalt führen.

Wir treten für das Existenzrecht Israels in den Grenzen bis 1967 ein. Unser Engagement gilt den Menschen in Palästina. Wir unterstützen ihren gewaltfreien Einsatz für einen souveränen Staat.

In den langjährigen Begegnungen mit unseren palästinensischen und israelischen Partner/innen ist die Erfahrung einer Solidarität für die jeweils andere Seite gereift, die zu einem ungeteilten Einsatz für Menschenrechte führt. "Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden" ist eine Solidarität mit den Menschen in Palästina und Israel, die in je unterschiedlicher Weise unter der Situation der Gewalt leiden und den Menschen, die sich in Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für gewaltfreie Konfliktlösungen einsetzen.

Unabdingbar für einen gerechten Frieden ist die Aufhebung der Besatzung und der Blockade. Solange aber Israel in Ostjerusalem, der Westbank und in Gaza noch die Funktion einer Besatzungsmacht ausübt, ist die israelische Regierung für das Wohl der dort lebenden Menschen verantwortlich.

In der Konfliktsituation der Besatzung, die von einer extremen Asymmetrie gekennzeichnet ist, ist eine am Interessenausgleich orientierte Konfliktlösung nur möglich, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung wahrnimmt und das internationale Recht einfordert. Insbesondere die Bundesregierung ist aufgefordert, die besondere Verantwortung Israel und Palästina gegenüber am Grundsatz der Rechtsgleichheit zu orientieren. Gleiches Recht auf Sicherheit, Selbstbestimmung, Freizügigkeit, gleiche Menschenwürde. keine doppelten Standards.

Die Erinnerung an die Shoa steht in der deutschen Politik in der Gefahr, zur Legitimation einer Form von Staatsräson zu werden, die problematische Positionen einer israelischen Regierung unbesehen unterstützt. Demgegenüber droht die Erinnerung an den millionenfachen Völkermord mit der darin begründeten universellen Mahnung an die Menschheit, für den Schutz der Menschenrechte und die Achtung internationalen Rechts einzutreten, zu verkümmern.

Für uns als pax christi gibt es viele Gründe, sich gerade für einen gerechten Frieden in Nahost einzu setzen: etwa die engen Beziehungen zu Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Israel und Palästina, oder die Kontakte zu den christlichen Kirchen und Einrichtungen im Heiligen Land. Vor allem aber ist es ein Konflikt, der sich weltweit auf das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen auswirkt und eine Gefahr für den Weltfrieden bildet. Schon deshalb lohnt es sich also, sich für eine gemeinsame Zukunft von Palästinensern und Israelis einzusetzen.

Es ist unsere Hoffnung, mit Aktionen, wie einem dreimonatigen Freiwilligendienst mit palästinensischen und israelischen Friedensorganisationen, mit "Ein Schiff nach Gaza" und Kaufverzicht von Siedlungsprodukten zu mehr Gerechtigkeit beizutragen. Denn aus Gerechtigkeit wächst Frieden.

Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi Vizepräsidentin, 21.1.2011